

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Verkauf oder bei direktem Postweg ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Streifenband 4.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verleger: Kurt Norden 2895 und 2896.

Inhalts-Verzeichnis: Die achtzehnjährige Unparteilichkeit oder deren Kampf 120 M., Wochenausgabe des Zeitungsblattes 20 Pf., jedes weitere Blatt 25 Pf., Leserkarte 10 Pf., Familien- und Vereinsabonnements (mit der Post) 10 Pf. Inversteht für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Norden 2895.

# STREIFIT

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

# Protest gegen die Schutzhaftschande!

## Am Montag

### finden in Berlin Protestkundgebungen gegen die Schutzhaftschande statt.

Die von der Parteileitung angemeldete Versammlung im Lustgarten ist verboten worden. Die Versammlungen werden in Sälen veranstaltet.

Werktägliches Volk Berlins: Uebe Solidarität mit den Opfern der Scheinsozialistisch-Kapitalistischen Regierung!

### Der Generalfreist der Kassarbeiter.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Kassel a. S., 1. August.

Der Generalfreist der Kassarbeiter hat in allen Kassenbezirken Deutschlands am 1. August unter starker Beteiligung eingesetzt. In verschiedenen großen Bezirken liegen sämtliche Werke still. Die Kassarbeiterkommission hat sich in einem Telegramm an den Reichsarbeitsminister Schilde von neuem zu Verhandlungen bereit erklärt. Die weitere Ausdehnung und eventuelle Verschärfung des Streiks hängt von dem Verhalten der Regierung und der starkköpfigen Unternehmer ab. Der Verein der Kasseninteressenten hat sich bis heute noch nicht in Verhandlungen eingelassen.

### Die Streikbewegung in der Schweiz.

Kassel, 31. Juli. (Schweizerische Depeschent-Agentur.)

Gestern abend 6 1/2 Uhr war die Arbeitsruhe in der Stadt nahezu allgemein. Die Arbeitswilligen kleinerer Betriebe schlossen sich den Streikenden an die erste Auflockerung an.

Kassel, 31. Juli. (Schweizerische Depeschent-Agentur.)

Gestern kam es zu verschiedenen Zusammenstößen zwischen der streikenden Arbeiterschaft und der Polizei. Gegenwärtig sind im Zentrum der Stadt Maschinengewehre aufgestellt. Bei den Zusammenstößen gab es vier Leichtverletzte.

Büsch, 1. August. (Schweizerische Depeschent-Agentur.)

Die Delegiertenversammlung des Arbeiterbundes beschloß einstimmig, die Kasser Genossen zu unterstützen und Freitag 12 Uhr die Arbeit niederzulegen. Heute morgen erlangte ein Flugblatt zur Verteilung, das zur Arbeitsniederlegung auffordert. Es ist unterzeichnet: Gemeinde- und Lokalverbände und Straßenbahnerverband Sektion Büsch. Man spricht vom Beginn des allgemeinen schweizerischen Generalfreists. Vorläufig sind vom Lokalkomitee folgende Betriebe in den Generalfreist einbezogen: Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke, Bekleidungs- und Notstands-betriebe.

### Internationaler Gewerkschaftskongress.

Amsterdam, 1. August.

Der Vorsitzende schlug vor, die Beratung über die Stimmenverteilung zu verschieben und mit der Beratung der Statuten fortzufahren. Die Vorschläge der Kommission über die Aufhebung des Honorars, die Pflichten des Bureau, seiner Mitglieder und Angestellten, sowie der Artikel über die Zulassung zur Internationalen, worin bestimmt wird, daß nur eine Neutralität jeden Landes Mitglied der Internationale sein kann, werden angenommen. Außerdem wurde das Programm der neuen Internationalen angenommen.

Um 5 1/2 Uhr erschienen die Engländer und Amerikaner wieder in der Sitzung, und es wurde über die Stimmenverteilung weiter verhandelt. Legien-Deutschland erklärte, er beziehe nicht, warum die Engländer und Amerikaner von dem schweizerischen Vorschlag, der eine gerechte und billige Stimmenverteilung zum Ziele hat und den großen Organisationen keinen Nachteil bringt, so viel Wesens machen. Er machte, um den Engländern und Amerikanern entgegenzukommen, einen Vermittlungsvorschlag, dem zufolge 250 000 Mitglieder 1 Stimme, 500 000 Mitglieder 2 Stimmen, eine Million Mitglieder 3 Stimmen und darüber hinaus je 500 Mitglieder eine weitere Stimme erhalten sollen. Diesen Kompromißvorschlag machte er aber nur für den Fall, daß die Amerikaner und Engländer darauf eingehen. Welche das nicht, so wüßte er die Bewahrung des schweizerischen Vorschlags.

Gomperz-Amerika erklärte, daß die englischen und amerikanischen Delegierten beschloßen hätten, im Interesse der

Internationalen den Kompromißvorschlag Legien anzunehmen, wenn die darin vorgesehene Stimmenverteilung schon für die weiteren Verhandlungen des gegenwärtigen Kongresses in Anwendung kommt. Der Vermittlungsvorschlag Legien wurde mit 18 gegen 5 Stimmen angenommen. Hierauf wurden noch die Anträge zur Errichtung des Internationalen Bureau des Gewerkschaftsbundes in Amsterdam angenommen.

### Streik der englischen Polizeibeamten.

Amsterdam, 31. Juli.

Der „Telegraaf“ meldet aus London, daß die Leitung des Verbandes der Polizeibeamten gestern abend durch eine Sonderausgabe des sozialistischen „Gerald“ einen Aufruf verbreitete, in dem alle Schulleute und Gefängnisbeamten des ganzen Landes aufgefordert werden, abends die Arbeit niederzulegen. Die Leitung des Verbandes hat selbst zuerst mit dem Streik begonnen. Diese Aktion ist ein Protest gegen die Regierungsvorlage, die jetzt vom Parlament behandelt wird, in der die Errichtung eines Verbandes der Polizeibeamten unter gewissen Kontrollbestimmungen geplant, den Polizeibeamten verboten wird, anderen Gewerkschaften anzugehören, und die Verbreitung von Unzufriedenheit unter den Beamten mit Strafe bedroht wird.

### Streik der belgischen Eisenbahnarbeiter?

H. N. Haag, 1. August.

Der belgische Ministerpräsident lehnte es ab, eine Delegation des Eisenbahnarbeiterverbandes zu empfangen, die seine Ansicht über die Forderungen, die sie stellten, einholen wollte. Die Mitglieder der Delegation erblickten in der Haltung des Ministerpräsidenten eine Weigerung der Regierung. Aus diesem Grunde wird ein allgemeiner Eisenbahnstreik vorbereitet.

Brüssel, 1. August. (Gobas-Neuter.)

Man hält einen Eisenbahnstreik für un-mittelbar bevorstehend.

### Die Heimführung der Gefangenen aus England.

Haag, 1. August.

Aus London wird gemeldet: Amtlich wird mitgeteilt, daß die Gesamtzahl der deutschen Kriegsgefangenen in England gegenwärtig 91 818 Mann beträgt, darunter befinden sich 2908 Matrosen und 4200 Zivilinternierte. Die Heimführung dieser Kriegsgefangenen hängt von der Ratifizierung des Friedensvertrages und der Regelung ab, die von den diesbezüglichen Kommissionen getroffen wurden. Die Mehrzahl der Kriegsgefangenen, besonders die Invaliden und Krüppel, sind bereits nach Deutschland heimgeschickt worden. Die große Mehrzahl derjenigen, die jetzt in England selbst Arbeit finden, sind im Ackerbau beschäftigt. 7000 Mann werden von der Militärbehörde an der Ostküste und an anderen Gegenden mit der Ausführung der Schützengräben und anderen Arbeiten beschäftigt. Alle Kriegsgefangenen, die im Solde der Regierung stehen, erhalten die gleiche Löhnung wie die britischen Soldaten.

### Ein neues Zeitungsverbot.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Sagan, 1. August.

Die „Vollstimme“, die schon seit sechs Wochen unter Verzensur steht, ist jetzt von den Militärbehörden ganz verboten worden. Trotzdem die Leitung der Unabhängigen Sozialdemokratie beschloßen hatte, von einem Sympathiestreit für die Schutzhaftsystem abzusehen und stattdessen am Sonntag durch Versammlungen gegen die Herrschaft der Gewalt zu protestieren, wird die Arbeiterschaft durch das Verbot ihres Blattes aufs neue gereizt!

### Das Belgien des Ostens.

Von einem lettischen Parteigenossen wird uns geschrieben:

In der letzten Woche wurde in Weimar der wilhelminischen Regierung und ihrer Reichstagsmehrheit noch einmal das ganze Sündenregister ihrer Gewaltpolitik in Belgien vorgehalten. Es war köstlich anzuschauen, wie die heutige Gewalttäter miteinander wetteiferten, um Belastungsmaterial gegen die noch unläufig von ihnen vergötterten Gewaltmenschen aus der Kriegszeit herbeizuschaffen. In der selben Zeit wurden die Scheidemannler älteren und neueren Datums zur Verantwortung gezogen für die Gewalttaten die in ihrem Namen die Herren von der Goltz, Plehner und die ganze Sippschaft des belgischen Adels im Baltikum, diesem Belgien des Ostens, um dessen Gunst jetzt alle Großmächte werben, verübt haben und noch verüben.

Die in Lettland vorgenommene verbrecherische Truppenmasakerade, die Greuelthaten in Riga, der Vornarsch gegen Nordlivland und das Aufnehmen des Waffenkampfes mit den Esten und Letten, der mit einem vollständigen Zusammenbruch des belgischen Abenteuers endete, hat sogar den Demokraten die Junge gelöst, und den Professor Hermann am 17. Juli zu einer Anfrage in Weimar bewegen.

Die wahren Ursachen des Sturzes der geschnittenen lettischen Regierung am 16. April unter Mitwirkung des Generalgouverneurs v. d. Goltz, und die reaktionären Pläne des belgischen Adels, der die Annektions- und Ansiedlungspolitik der Herren Stresemann und Heilmann aus der Kriegszeit fortführt, sind von den lettischen und estnischen Sozialdemokraten bis in alle Einzelheiten aufgedeckt worden. Der neue Minister des Auswärtigen mußte antworten. Es verpflichtete ihn dazu auch die von ihm auf dem Weimarer Parteitag der Rechtssozialisten eingebrachte Resolution über die lettische Frage. Der Parteiman Mann Hermann Müller hatte schon früher auf den internationalen Konferenzen in Bern und Amsterdam, und noch einige Mal später, die lettischen Genossen mit schönen Redensarten verdrückt.

Man dürfe nun erwarten, daß der Minister Müller die Worte des Parteivorstehenden in Laten umsetzen würde. Leider konnte auch am 28. Juli Herr Müller dem lettischen und deutschen Volke nur leere Versprechungen vorsetzen, wobei er nicht einmal selbst die Überzeugung zu haben schien, daß er sein Versprechen einlösen könnte. Nicht umsonst hatte sein erfahrener Kollege Müller zwei Tage vorher anlässlich der Werbungen für die lettische Landeswehr in der Nationalversammlung erklärt: „Die Werbung ist verboten, aber wieviel ist in den letzten Monaten in Deutschland verboten und doch nicht befolgt worden.“

Welchen Sinn kann dann noch die Erklärung des Ministers des Auswärtigen haben, in welcher es so schön hieß, die Regierung der deutschen Republik wünscht „gute Beziehungen zu den Völkern der neuentstandenen Staatsgebilde im Baltikum“, und die deutsche Kultur werde dort nicht mehr mit Maschinenengewehren gepflanzt werden? Lettland soll geräumt, kein Truppennachschub und keine Truppenanwerbung mehr stattfinden, und „Offiziere, die dagegen befehlswidrig handeln, werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden.“

Daß die Weisheit der Minister von gewissen Leuten nicht befoht werden, hat Genosse Gause an demselben Tage, wo Hermann Müller seine Erklärung abgab, an der Hand reichhaltigen Aktienmaterials bewiesen. Die Werbungen für fremde Truppenteile werden in Berlin und im Reich fortgesetzt, und wenn Herr von der Goltz am 19. Juli auch der Entente-Kommission in Laaj (bei Mailan) mitgeteilt hat, daß die Räumung Kurlands vorgenommen werde und am

24. Juli in Windau schon begonnen habe, so glaubt drüben in Kurland diesen Versprechungen kein Gewicht. Und mit Recht. Denn wie oft hat General v. d. Goltz seine eigene Regierung betrogen! Als die baltische Landeswehr die rechtmäßige Regierung Lettlands kürzte, behauptete er, keine Macht über die Truppen zu haben. Einen Tag darauf proklamierte er sich zum Oberbefehlshaber „aller in Lettland stehenden Truppenteile“. Als die Entente befahl, deutsche Truppen nicht nach Norden vorrücken zu lassen, wußte v. d. Goltz nicht, ob er lettlandischer General oder Reichskaisers Schilling sei. Wie oft haben wir dann gehört, daß dieser „Lieber Gott Lettland“ abgerufen werden soll. Das hat sogar der rechtssozialistische Parteivorstand, die Fraktion der Nationalversammlung und der Weimarer Parteitag verlangt. Und dennoch sendet die in ihrer Mehrheit aus Sozialdemokraten bestehende Reichsregierung fortgesetzt Verstärkungen für Herrn v. d. Goltz nach Kurland. Bis zum 1. August sollte Kurland von den deutschen Truppen geräumt sein. In Wirklichkeit stehen dort augenblicklich mehr Truppen als zu der Zeit, wo die Entente diese Forderung stellte. Der Soldnerhaußling v. d. Goltz rührt sich nicht. Mehr noch, er schickt sich an, neue Abenteuer in Kurland anzuzetteln.

Eine vom 30. Juli datierte Mitteilung des Pressebüros der deutschen Gesandtschaft in Riga spricht von der „Erregung“ die angeblich unter den deutschen Soldaten herrsche, weil sie sich betrogen fühlen. In einer Versammlung der „Vertreter von etwa 10 000 zur Einwanderung nach Lettland aufgeforderten Soldaten“ wurde eine Resolution angenommen, in der mit Taktlosigkeit gedroht wird, falls die Regierung den deutschen Freiwilligen das angeblich „in Lettland stehende Siedlungsland nicht zur Verfügung stellen werde.“

Als Baron Manteuffel vor dem Vorstoß gegen Riga der deutschbaltischen Offiziere in einer ähnlichen Soldatenversammlung in Riga am 15. Mai die reichsdeutschen Freiwilligen zum Uebertritt in die baltische Landeswehr aufzuforderte und ihnen dafür Land versprach, wurde in der „Freiheit“ auf die Folgen einer solchen verbrecherischen Verführung der deutschen Soldaten hingewiesen. Die Reichsregierung wurde an dieser Stelle auch darauf aufmerksam gemacht, daß in Berlin Verbotsbureaus bestehen, die deutsche Soldaten unter verschiedenen Versprechungen zur Emigration nach Lettland bewegen. Die Schuldigen müssen dem Reichsminister bekannt sein. Zur Verantwortung ist aber bisher unseres Wissens niemand gezogen worden. Auch General v. d. Goltz nicht. Die Folgen liegen jetzt auf der Hand.

Der jetzige Zustand, der täglich mit neuen Verteidlungen im Osten droht, kann unmöglich weiter aufrechterhalten werden. Den Wunden Versprechungen der Regierung müssen endlich entsprechende Taten folgen. Die Regierung muß zeigen, daß sie den ernstlichen Willen und die Macht hat, Lettland von den renitenten deutschen Offizieren und Landeswehrlern zu befreien, die dort schlimmer haufen, als ihre Vorgänger während der Okkupationszeit. Eine lettische Deputation aus dem besetzten Gebiet kennzeichnet dieses Verhalten der deutschen Freiwilligentruppen im Baltikum mit folgenden Worten:

„Was wir von den Deutschen im Laufe von sieben Jahrhunderten ausgenommen haben, hätten wir vielleicht vergessen. Nie aber werden wir das vergessen, was sie uns in den letzten sieben Monaten angetan haben.“

Herr Müller muß den deutschen Landesherrn und in erster Linie den Herren Offizieren, die offensichtlich hinter der in Riga angenommenen „Resolution“ stehen, deutlich zu verstehen geben, daß sie in Kurland nichts zu suchen und nichts zu verlangen haben. General v. d. Goltz muß abgerufen und die Räumung Kurlands unverzüglich durchgeführt werden. Wenn die deutschen Soldaten bis zur Grate nicht aus dem Lande entfernt sind, trägt die deutsche Regierung die Verantwortung für die in Kurland einbrechende Hungersnot.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands hat in den oben in Riga stattgefundenen Sitzungen des Volksrates (des Vorparlamentes Lettlands) dagegen protestiert, daß die Entente das Baltikum zum Aufmarschgebiet gegen Sowjet-Rußland benutzen will. Darauf wurden die Truppenteile des Grafen Lieven, die bekanntlich Kurland untergeordnet sind, aus Lettland entfernt. Ebenso entschieden hat unsere Partei die sofortige Räumung Lettlands von den deutschen Truppen und die Entfernung des Generals v. d. Goltz verlangt. Inzwischen sind aber baltische Junker wieder am Werke, einen Militärputsch in Lettland in Szene zu setzen. Sie wollen um jeden Preis Wirren im Lande hervorrufen, das eben im Begriff steht, zur schöpferischen Arbeit überzugehen. Sie scheuen auch jetzt vor keiner Lüge, vor keinem Verbrechen zurück, um die deutschen Freiwilligen als Werkzeug für ihre eigennützige Politik zu mißbrauchen und den Nationalitätenkampf im Baltikum neu zu entfachen.

Wird die Reichsregierung diesen Vorgängen mit derselben Gleichgültigkeit wie bisher gegenüberstehen und die reaktionäre Offiziersklasse, die mit den baltischen Junkern gemeinsame Sache macht, ruhig gewähren lassen? Wird sie es weiter mit ansehen, wie irreguläre deutsche Soldaten einer unklaren Abenteuerpolitik geopfert werden? Wird sie es dulden, daß aus Reichsmitteln, die wahrlich für bessere Zwecke verwendet werden könnten, die militärische Katastrophenpolitik im Osten gefördert wird? Herr Müller hat die Politik in der Nationalversammlung eine recht deutliche Aussage erteilt. Was gedenkt er zu tun, um seine Worte nicht als leere Deklamation erscheinen zu lassen?

## Neue Wirren im Baltikum.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Kopenhagen, 31. Juli.

Deutsche Truppen, die in Ostpreußen konzentriert sind, werden von reaktionärer Seite gegen die lettische und litauische Bevölkerung aufgebracht. Es haben Unruhen zwischen deutschen und lettischen Truppen stattgefunden, bei denen es Tote und Verwundete gab.

Von zuverlässiger Seite wird und ferner gemeldet, daß auf der Strecke Riga-Mitau am 28. Juli acht deutsche Truppentransporte mit Munition, Artillerie usw. in der Richtung Riga gesehen wurden. Das bedeutet an einem Tage eine Verladung von ca. 6000 Mann.

## Eine Note der Kammern an Goltz.

Haag, 1. August.

Holländisch Konsulbureau meldet aus Paris: Es wurde eine neue Note an General von der Goltz abgefaßt, in der dem General anheimgestellt wird, die von der Konferenz empfangenen Befehle auszuführen. Der englische General Gough, der in Estland Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte ist, hat mitgeteilt, daß sein Kommando mit General von der Goltz über die Räumung Estlands durch die deutschen Truppen erfolglos geklärt sei. Daher wurden jetzt neue Maßnahmen zur Durchführung der früheren Entscheidung von der Konferenz getroffen.

## Beratungspause in Weimar.

Weimar, 1. August.

Die heutige Sitzung wurde mit der Erledigung einer Anzahl Anfragen und Interpellationen angefaßt. Über die Rückkehr der Kriegesgefangenen machte ein Regierungsvertreter Ausführungen, die sich mit den bereits veröffentlichten offiziellen Mitteilungen deckten. Genosse Künert verlangte von der Regierung Maßnahmen, damit das gesamte Ost- und auch die Wildfrüchte für die Volksernährung verwendet werden. Außerdem sprach er die Erwartung aus, daß für die Herstellung von Most kein Zucker hergegeben und die Vergärung des Obstes verboten wird. Ein Geheimrat antwortete, daß für die Normalethen-Industrie ein verhältnismäßig kleiner Teil des Obstes verwendet werden soll. Zur Mostherstellung soll kein Zucker zur Verfügung gestellt werden. Nur eine Reihe von Industrien, die Obstwein herstellen und angeblich während des Krieges schwer gelitten haben, sollen nicht stillgelegt werden. Im ganzen soll die Herstellung von Wein aus Weizen und Birchen auf 30 v. H. aus Kesseln und Weizen auf 40 v. H. der Verarbeitung des Jahres 1914 beschränkt werden. Inländischer Zucker soll nur für Heilbäder, der für medizinische Zwecke unentbehrlich sei, hergestellt werden, und zwar bis zum Höchstbetrage von 6000 Tonnage. Die Vergärung des Obstes zur Herstellung von Branntwein ist grundsätzlich verboten.

Eine längere Debatte entspann sich im Anschluß an eine Interpellation der Deutschnationalen, die auf einmal die beanstandeten Herz erobert hatten. Sie forderten eine Neuordnung der Befoldungs- und Pensionsverhältnisse und die Schaffung eines freiwilligen Beamten- und Disziplinarrechts, sowie die Gewährung gewisser Anwartschaften hinsichtlich der Befoldung, Ruhegehalt und Hinterbliebenenbezüge der unmittelbaren und mittelbaren Staatsbeamten, insbesondere auch der Gemeindebeamten. Von den Parteien der Linken wurde den Deutschnationalen deutlich gesagt, daß sie unter dem alten Regime für die Beamten nicht viel übrig gehabt hätten, daß insbesondere früher von einem freiwilligen Beamten- und Disziplinarrecht niemals die Rede gewesen ist. Herr David als Vertreter der Regierung sprach den Beamten die Anerkennung für ihre geleisteten Dienste aus, er verteidigte sie mit ihren Gehaltsforderungen jedoch auf eine spätere Zeit, bis sich übersehen lasse, welche Anforderungen der Staat zu erfüllen haben werde. Genosse Koenen wies aus, daß die Deutschnationalen nur Stimmungsmache trieben, denn die freiwillige Befoldung der Beamten hätte sie nie beabsichtigt, noch im Krieges hätte sie den Beamten keine Teuerungszulage gewährt. Die Unabhängige Sozialdemokratie tritt für die Konstitutionsfreiheit und auch für den Streikrecht der Beamten ein. Bei den Disziplinargerichten müßten Beamte als Richter zugelassen werden. Ferner müsse eine Gesetzesvorlage über Beamtenrechte kommen. Genosse Dörmel stellte fest, daß die heutige Regierung im Gegensatz zu ihren Vorgängern den Beamten die Konstitutionsfreiheit beschränkt. Der Minister David habe sich auch über das Streikrecht der Beamten vollkommen ausgesprochen. Die Aussprache wurde schließlich durch einen Schlußantrag beendet.

Die nächste Sitzung findet erst Donnerstag, den 7. August, statt. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation einer Anzahl wechsellagerter Abgeordneter, die Maßnahmen gegen den Konsum sozialer Frauen infolge der wirtschaftlichen Demotivierung fordern. Ferner soll die zweite Beratung der außerordentlichen Kriegesabgabe für 1919 und der Kriegesabgabe vom Vermögenszuwachs vorgenommen werden.

## „Keine Politik im Heere.“

Durch die Nachlässigkeit und indirekte Unterstützung, die das Reichswehrministerium gegenüber den unerhörten monarchistischen Hebergewinnen der Reichswehroffiziere an den Tag legt — hat man etwa bereits etwas von einer Verhaftung des „Held-Tirillim-Elgerkong“-Helden der Eisernen Division gehört? —, vollkommen sicher gemacht, legen sich die Offizierskreise in ihren gegenrevolutionären Bestrebungen offenbar überhaupt keinen Zwang mehr auf. So wird jetzt, wie die „Berliner Volkszeitung“ mitteilt, von einer Reihe militärischer Kommandostellen den Soldaten die im Auftrage des Reichswehrministeriums (!) für die Reichswehr bestimmte Zeitung „Reichswehr“ von einer Anzahl Offiziere glattweg unterdrückt und ihnen dafür die älteste reaktionäre Kriegeszeitung und monarchistische Presse als Ersatz geliefert. Insbesondere beklagen sich die Unteroffiziere und Mannschaften des Schützenregiments Nr. 60 in Brandenburg a. d. Havel, daß ihnen seit etwa 4 Wochen die „Reichswehr“ nicht mehr geliefert, dafür aber die „Deutsche Zeitung“ ausgehändigt wird.

Die „Reichswehr“ ist weit davon entfernt, ein Blatt zu sein, das den Ansprüchen entsprechen darf, die geeignete Zeitung für das Heer in einer sozialistischen Republik zu sein. Immerhin ist es nicht ganz so schlimm wie das reaktionäre Heftblatt die „Deutsche Zeitung“. Dazu kommt, daß die „Reichswehr“ die offizielle vom Reichswehrministerium bestimmte Soldatenzeitung ist. Jenes Verhalten der Offiziere stellt sich daher als eine offene Widerlegung gegen die Anordnungen des Reichswehrministeriums dar. Die Anordnung des monarchistischen Regimes während der Kriegszeit, durch das den Soldaten sozialistische und liberale Zeitungen so häufig konzediert wurden, wird hier weit in den Schatten gestellt.

Hand in Hand mit dieser „Bildung“ der Soldaten durch konterrevolutionäre Parteiblätter geht der sogenannte Aufführungsdiens. Er ist heute nicht einen Deut von dem seitdem bekannten „baltischen Unterricht“ während der Kriegszeit verschieden und wird von genau denselben reaktionären Offizieren erteilt. Auf dem gleichen Niveau wie dieser Unterricht steht offenbar eine kürzlich in Danabück errichtete Soldaten-Hochschule. Hierüber meldet das „Hamburger Fremdenblatt“ vom 29. Juli folgendes:

Im Bereich des 8. Reservekorps ist kürzlich in Danabück

eine Soldatenhochschule eröffnet worden, deren Aufgabe es ist, unter den Angehörigen des Korps die politische Einsicht zu schärfen, den Staatsgedanken zu belehren und Heber auszubilden. In Frage kommen Unteroffiziere und Mannschaften — nur ausnahmsweise Offiziere — mit festem Charakter und guter Auffassungsgabe, die in den Hochschulfächern so geschult werden sollen, daß sie nach Rückkehr zur Truppe zur Verbreitung ersten Verstandes beitragen können. Der Unterricht, der einfach und volkstümlich gehalten wird, findet nach den Akademischen Nachrichten der Universität Leipzig, in Form von Vorträgen mit anschließenden Diskussionen statt. Die Dauer des 1. Jahres beträgt 12 Tage. Vorgelesen sind Thesen über Kunst der Rede, Wirtschaftsformen und Wirtschaftskämpfe, die Wehrmacht im neuen Staat, Staatsformen und ihre Entwicklung, Sozialistische und Siedlungsfragen.

In dem Gedanken einer Soldaten-Hochschule steht an sich ein guter Kern. Wird der Unterricht jedoch — und davon kann man nach den Heberigen Erfahrungen wohl kaum im Zweifel sein — durch dieselbe Haltung von Offizieren erteilt, die sich im Aufführungsdiens so „bewährt“ haben, dann bilden sie nur ein weitere Mittel für die gegenrevolutionäre Propaganda. Man kann sich vorstellen, was diese Herrschaften über Wirtschaftskämpfe, über Sozialistische und Siedlungsfragen ihren Soldaten erteilen werden.

Das Reichswehrministerium aber hat gegen die „Politik im Heere“ nur dann etwas einzuwenden, wenn sie auf republikanischen Boden steht.

## Schwarz-weiß-rot ist das Banner.

Am Freitag konnte man auf dem Reichstag und auf anderen öffentlichen Gebäuden Berlin funkelneue Fahnen in den von der Nationalversammlung beschlossenen Reichsfarben Schwarz-Weiß-Gold flattern sehen. Offenbar wollte die Regierung damit anzeigen, daß in Weimar die Beratung der Verfassung zu Ende geführt worden sei.

Am nachmittag desselben Tages marschierte mit Paukenschlag und Trompetenschall ein langer Trupp Regierungsbeamter durch die belebtesten Straßen der Stadt. Sie waren mit Stahlhelmen, mit Gewehren, Maschinengewehren und anderen Kriegsinstrumenten ausgerüstet. Der Trupp führte etwa ein Dutzend Pflanzmaschinen in den Farben schwarz-weiß-rot mit sich, daneben hielt eine Anzahl Soldaten kleinere Fahnen von derselben Art in der Hand. Offenbar wollte die Truppe zeigen, daß für die republikanischen Farben keine Geltung haben, sondern daß sie nur unter dem alten monarchischen Banner marschieren wollen.

Wie uns ferner mitgeteilt wird, wurde auch in der Nähe des Alexanderplatzes ein solcher Aufzug ausgeführt. Hier sollen die Truppen sogar Gefangene aus dem Militärgefängnis in der Dirlschstraße in größerer Zahl mitgeführt haben. Die Gefangenen mußten die Hände über dem Kopf zusammenhalten und waren von allen Seiten von Soldaten umgeben.

Selbstverständlich hat sich keine Beschwerde, keine Regierungsklage gegen diesen Unfug eingestellt.

## Der Vatikan über die Enthaltungen Erzbergers.

Wien, 31. Juli.

Die den vatikanischen Kreisen nachstehende Mailänder „Giornale“ erhält aus Rom folgende Ausführungen zu dem päpstlichen Vermittlungsversuch: Die Enthaltungen Erzbergers, der während des Krieges eine so bedeutende und je nach den Zeiten und Umständen so verschiedenartige Rolle spielte, machen in Rom tiefen Eindruck. Werden die Dinge aber auf das richtige Maß zurückgeführt, so erscheinen sie weit bescheidener. Die englische Regierung behält, wie bekannt, den Empfang des päpstlichen Note sofort und verpflichtete sich dabei, ihre Antwort mit der größten Sorgfalt zu erwägen. Ende August oder Anfang September überreichte England der Kurie eine zweite Note, die eigentlich nicht die Antwort auf die Note des Papstes bildet, sondern sich nur auf sie bezieht, die für die Seelungsfragen zur Papstnote nötige Vorfrage enthält und die Frage der völligen belgischen Unabhängigkeit bespricht. Auf diese Anfrage bezieht sich die von Pacelli abgeforderte Note. Will man also genau sein, so muß man sagen, daß es sich dabei nicht um einen englischen Friedensvorschlag, sondern um die Antwort auf die päpstliche Note handelt, die von der Staatskanzlei des Vatikan der deutschen Regierung übermitteln wurde, um deren Ansicht über die englische Vorfrage zu erfahren. Der Papst setzte große Hoffnungen auf eine günstige Antwort, um so mehr, als die päpstliche Note sich auf die Entfaltung des Reichstags stützte. Die deutsche Antwort blieb jedoch negativ. Die Berichterstatter sagt hinzu, daß der Papst um diese Zeit davon erfuhr, daß die Parteiführer des Reichstags in Anwesenheit des Kaisers für den Ausgang Belgiens und die Kriegsmachung seiner Schöden eintraten, daß man jedoch mit Rücksicht beschloß, vorerst von einer öffentlichen Erklärung abzusehen. Weiter heißt es dann: Die in der deutschen Antwort auf die päpstliche Note sichtlich absichtlich eingeschaltete Juli-Entscheidung genäherte der englischen Regierung nicht. Dieser Gedankenaustrausch zwischen England, dem Heiligen Stuhl und Deutschland wurde nie veröffentlicht, da er zu keinem Ergebnis geführt hätte. Der Berichterstatter deutet zum Schluß andere Verhandlungen an Grund der Papstnote an, durch welche bewiesen werde würde, welche Bedeutung sie in der zweiten Hälfte des Jahres 1917 befehen hätte.

## Milderungen für Oesterreich.

Wien, 1. August.

Die „Neue Freie Presse“ meldet: Die Repräsentanten des in Wien weilenden Entente missionären, die während ihrer Aufenthaltes in Wien Gelegenheiten genommen hatten, die wirtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs gründlich kennen zu lernen, sind zur einheitlichen Ueberzeugung gelangt, daß die finanziellen Bedingungen des Friedensvertrages nur durch von O. Germain zu hart seien, und daß sich die Notwendigkeit ihrer Milderung ergebe. Die Vertreter der Entente missionären haben in diesem Sinne nach Paris Bericht erstattet.

## Eine Mahnung an die kochenden Sozialdemokraten.

Wien, 1. August.

Die „Cohemia“ veröffentlicht einen Artikel des Führers der deutschen Sozialdemokraten Wobens, Seliger, der gegen die Politik der sozialistisch-sozialistischen Regierung Einspruch erhebt, die Verfassung durch die gegenwärtige Nationalversammlung zu schließen zu lassen. Seliger schreibt unter anderem: Neben dem

... der Macht der Bevölkerung ...

Ein rechtssozialistischer Führer.

Aus der Freitag-Morgenausgabe des 'Vorwärts' ...

Als Seilmann ...

Es gibt keine ...

Seilmann konnte ...

Am nächsten ...

Die Stunde ...

Am 12. August ...

Wir müssen ...

Die revolutionäre ...

Man wird es ...

Roske an der Front.

Wir beschließen ...

Herr Roske ...

Kritik der ungarischen Regierung.

Neubildung einer sozialistischen Regierung.

Budapest, 1. August ...

Vor der Ratifizierung in Frankreich.

'Temps' vertritt ...

Der Angriff bei der Abreise der deutschen Delegation in Versailles.

Der beratende ...

Jonhauz über die Politik der französischen Gewerkschaften.

Niederlegung der Untersuchung.

Ein Korrespondent ...

Die Politik der britischen Arbeiterpartei.

Das Londoner ...

Bevorstehende Wahlreform in Italien.

In der Kammer ...

Die Negerunruhen in Chicago.

Der 'Telegraph' ...

Die Heimkehr der Gefangenen.

In der heutigen ...

Aufhebung eines Schmuggelmarkts.

Die an der Grenze ...

Ein Maffemorden-Beispiet.

Als vor mehreren ...

Die Spielartensteuer.

Die Spielartensteuer ...

Die Demobilisierung in Frankreich.

Die Demobilisierung ...





Hauptstadt ist verpflichtet, an drei Tagen in der Woche drei Kuben zu leisten. Dafür erhalten Arbeiter und Schaffner, weil dadurch die achtstündige Arbeitszeit bei weitem überschritten wird, als Entschädigung 4 M. pro Kopf und Kuben. Wofür beträgt der Wochenlohn für diese Arbeiter 138 M., für Schaffner 124 M. Hiervon kommen noch die Beiträge für Unfall-, Invaliditäts- und Krankenversicherung in Abzug.

Berücksichtigt man die schmutzige und schwere Arbeit des Perumantierens mit den 3-8 Zentner schweren Müllsäcken, wird man zugeben müssen, daß bei der gegenwärtigen Teuerung der Lebensmittel zu hoch bemessen ist. Hierzu kommt, daß die rationierten Lebensmittel nicht ausreichen, um diese schwere Arbeit bewältigen zu können. Infolgedessen sind die Leute gezwungen, die heutzutage Schleichhandelsware zu kaufen.

Denjenigen, die unter diesen Umständen noch von Ministergehaltern der Müllstädter reden, möchten wir dringend empfehlen, diese Arbeit nur einen Tag zu verrichten. Wir sind überzeugt, daß dann das Gewerbe von den hohen Löhnen der Müllstädter sofort verstimmt.

## Groß-Berlin.

### Körperkultur.

#### Zum Massenportfest der Berliner Arbeiterschaft.

Mit dem Aufkommen der Mechanik hat in allen Industriezweigen ein raffiniert ausgeklügeltes System der Arbeitsteilung Platz gegriffen, das den Handarbeiter zu einer inneren Abhängigkeit von der Maschine führt. Diese einseitige körperliche Betätigung im Produktionsprozess hat für den Arbeiter einen großen körperlichen und geistigen Schaden. Die Scheidung der geistigen und körperlichen Arbeit im Produktionsprozess verurteilt den Kopfarbeiter, gar zur Enthaltung jeder körperlichen Betätigung. Besonders muß aber die Jugend der Arbeiterschaft, die ja auch in unserer „sozialistischen“ Republik vom Kapitalismus schon im Kindesalter zur Erwerbsarbeit gezwungen wird, unter dieser einseitigen Erwerbsarbeit empfindlich leiden. Von einer allmählich gleichmäßigen, harmonischen Entwicklung der Organe und Glieder unserer Jugend kann bei dieser kapitalistischen Ausbeutung keine Rede sein.

Da ist es denn als ein wahres Glück für die Volksgesundheit zu begrüßen, daß innerhalb der Arbeiterschaft Bestrebungen entstanden sind, die sich die Pflege der Körperkultur zum Zweck gesetzt haben. Sogenannte Sportvereine der verschiedensten Art, Schwimm-, Wander-, Ruder- und andere Vereine sind geschaffen worden, die alle an ihrem Teile zur Befundung des Arbeiters mit beitragen wollen. Der Turner ist gebürtig indessen der erste und oberste Platz in der nun schon recht vielfältigen Körperkulturbewegung der Arbeiterschaft. Das Turnen allein ermöglicht in der Tat die harmonische Entwicklung des Körpers, denn hier, beim Turnen, können alle Muskeln gleichermäßen in stärkevolle Bewegung gebracht werden. Der Turnverein „Fichte“, die Turnorganisation der Berliner Arbeiterschaft, hat darum auch von allen Vereinen der Körperpflege den stärksten Zulauf.

Trotzdem gibt es eine leider noch allzu große Zahl von Athleten, die der gesundheitlichen Pflege ihres Körpers nicht den wünschenswerten Tribut zollen. Der moderne Mensch ist der Allgemeinheit gegenüber verpflichtet, seinen Körper gesund zu erhalten. Die Pflege des Körpers, wie wir sie meinen, die Körperkultur, soll nicht zur Verweichlichung, sondern zur Kräftigung des Körpers, zur Befundung der Organe und Nerven, Schöpfung der Sinne und Festigung der Muskeln führen. Diese Art der Körperpflege ist zugleich ein erfrischender Quell für Herz und Geist, denn sie trägt zur Erhaltung geistiger Frische und seelischer Heiterkeit wesentlich bei. Welche wirklich reine Freude löst nicht schon der bloße Anblick elastisch springender Jünglinge mit harmonisch entwickeltem Körper aus!

Die Arbeiter-Sportvereine bieten nun der Arbeiterschaft Berlin die ihr sicherlich sehr willkommenen Gelegenheiten, den wünschenswerten Einfluss des vernünftig betriebenen Sports auf Körper, Geist und Gemüt sozusagen studieren zu können. Am nächsten Sonntag findet im Stadion des Grunewalds ein Fest sämtlicher Berliner Arbeitersportvereine statt. Es wird ein Fest von ungeheurer Umfang werden, das durch die Massenbeteiligung der Vertreter des gesamten Arbeiterports dem Zuschauer einen hohen ästhetischen Genuss verspricht. Hier, wo bisher der Sport nur zur Ueberwindung des anderen Menschen, zur Unterjochung anderer Völker betrieben wurde, verarmen sich am Sonntag revolutionär gesinnte Arbeiter und Arbeiterinnen, junge und alte, um durch gegenseitige Förderung gemeinsame Kraft und gemeinsame Freude zu wecken und zu heben.

#### Das Gut Falkenberg.

Wohle Schilberung der Arbeiterverhältnisse auf dem Lande, insbesondere auf dem Gute Falkenberg, in Nr. 339 der „Freiheit“, hat die für die Zustände verantwortlichen Stellen bisher nicht veranlaßt, sich dazu zu äußern. Dagegen teilt der Arbeiterrat der Arbeitlosen von Berlin uns mit, daß die von ihm wiederholt vorgenommenen Recherchen eine volle Bestätigung unserer Darstellung ergeben haben. Seine letzte, vor etwa 3 Wochen, ausgeübte Kontrolle zeigte folgendes Ergebnis:

Die Zustände auf dem Gute sind noch genau dieselben wie wir sie in unserem Bericht vom Mai 1919 bereits geschildert haben und hat sich außer, daß die Unterkunftsräume geweiht wurden, nichts geändert. Die Betten sind verfault und schimmelig, ohne Kopfkissen und Decken. Das Essen ist mangelhaft und unzureichend. Brotkrumen, Fleisch sind das ist überhaupt noch nicht geliefert worden. Ebenso wird außer 15 Gramm Margarine pro Kopf keinerlei Fett oder Fleisch dem Essen zugefügt. Es mangelt an Waschgefäßen, ebenso sind die Toiletten ungesund und schimmelig, da dieselben nur mit kaltem Wasser gereinigt werden. Die Lebensmittel-Fakten werden dem Arbeiter abgenommen, aber dafür nicht abgeliefert, weder Fleisch, Fett, Seife noch sonst etwas. Für die angelernten Frauen sind nicht genügend Unterkunftsräume vorhanden, ebenso mangelhaft die Speisekammer für dieselben geschaffen werden. Verschiedene Gegenstände fehlen. Daß in Falkenberg so miserable Zustände herrschen, scheint an der Gutverwaltung zu liegen, welche sich um die Arbeitlosen gar nicht kümmert, sondern alles einem früheren Aufseher eines Arbeitshauses überläßt, der selber sehr wenig Interesse für die Arbeiter zeigt. Als Logierkammer wird gewöhnlich: Margarine ungefähr 200 Gramm Brot und eine Suppe aus Schrotmehl ohne Milch oder Jodergewürz, Kaffee wird gar nicht geliefert. Die Suppe beschränkt die Arbeitlosen als ungenießbar. Mittag besteht aus Gemüse oder Graupen, Abends Borsariol oder Suppe mit einer kleinen Portion. Das ist

alles, was überhaupt an Essen geliefert wird. Den Arbeitlosen ist nicht gestattet, bei dieser Verteilung schwere körperliche Arbeit zu leisten. Über sich die Verhältnisse nicht ändern, können und dürfen Arbeitlose unserer Auffassung nach, nach Falkenberg nicht vermittelt werden. Sollten Leute angefordert werden, so muß darauf gedrungen werden, daß dieselben zum Mindesten das erhalten, was auf andern städtischen Gütern geliefert wird und Betten und Schlafräume ungenügend sind.

Der Arbeiterrat hat bereits im März und danach wiederholt sich bemüht, Abhilfe zu schaffen. Allen maßgebenden städtischen Körperschaften, wie Gewerkschaften, Arbeitsnachweisen und Güterdirektionen, auch dem Herrn Oberbürgermeister, sei das gesammelte Material vom Arbeiterrat zugestellt worden. Bis heute sei aber nichts geschehen, um die himmelschreienden Missetaten zu beenden. Es habe den Anschein, als wenn das Wohl und Wehe der Arbeitlosen allen städtischen Körperschaften gleichgültig sei. Für die Sinnrichtung des Gutverwalters in Falkenberg sei der Ausdruck charakteristischer, man möchte bei Vermittlung von zurückgekehrten Kriegsgefangenen nur solche aus dem Westen, aber nicht die aus dem Osten ihm schicken, weil diese den Bolschewismus mitbringen könnten. Aus allen diesen Gründen habe der Arbeiterrat es abgelehnt, Arbeitlose nach dem Gute Falkenberg zu vermitteln.

Öffentlich werden nun die städtischen Körperschaften sich bemühen zu lassen, hier pflichtgemäß einzugreifen.

#### Erhöhung der Rindengestricke.

Darüber schreibt uns ein Genosse: Beim Amtsgericht Wedding (Vormannplatz) war am Montag früh 9 Uhr ein Genosse der 119. der Austrittsflüchtenden. Der Portier bedeutete ihm, an einem andern Tage wiederkommen, der amtierende einzige Gerichtsschreiber sei überlastet. Ich wandte mich beschwerdeführend an dessen Vorgesetzten, dieser hatte auf meine Anregung, eine Hilfskraft einzustellen, die Kusche, daß gerade bei Stricks und Manteln sich die Bestände häufen, zudem seien jetzt Ferien und Mangel an Arbeitskräften. Auf meinen Einwand, unter den zahlreichen Arbeitlosen gäbe es genügend Schreibkundige, hatte er nur ein ungläubiges Schiefgucken. Jemand hätte doch ein Gerichtsschreiber sich nur mit vielen Austrittsflüchtenden befassen und nicht alle andern Sachen mit erledigen.

Ein deraartiges rücksichtsloses Vorgehen gegenüber dem Publikum ist unerhört. Das Publikum hat ein Recht zu verlangen, daß es auch auf den Gerichten schnell abgeurteilt wird, zumal für die Erledigung derartiger mechanischer Arbeiten zu jeder Stunde geeignete Hilfskräfte eingestellt werden können. Abhilfe des Missstandes tut dringend not.

#### Große Hitze in Ebn!

Es scheint, als ob dieser Sommer-Erfolg bald von einem echten Sommer abgelöst werden wird: Viele Meldungen zufolge, nähern sich nämlich aus Amerika unerwartete Dürreellen in immer mehr unserem Kontinent. Aber auch noch andere Anzeichen berechnen zu der Hoffnung, daß bessere, schönere Tage im Anzuge seien. Wenn das Sprichwort recht behält, daß Wespenneste gute Jahre sind, dann haben wir einen überaus reichen Herbst zu erwarten. Aus allen Gegenden wird ein massenhaftes Auftreten von Wespen gemeldet, so daß man fast von einer Wespenplage reden kann. Nebenbei in Feld und Wald, auf Wiesen und Triften findet man im Boden Wespenester. Daß wir einen guten Herbst haben werden, darauf hin deutet auch, daß die Klagelied noch einmal ausklingen; dieser Fall ist hundertmal beobachtet worden.

Ein heimliches Waffendepot wurde am vergangenen Sonntagabend vom Berliner Arbeiterrat beschlagnahmt. Bei dem Zimmermeister H. u. N. W. 66, fanden sich eine größere Anzahl Infanteriegewehre, Patronen, Handgranaten und Stölkhelme versteckt. Auf Veranlassung des Reichsministeriums wurden aber die Waffen schon nach zwei Stunden wieder freigegeben, da es sich nicht, wie zuerst vermutet, um Waffen der Einwohnerwehr, sondern um solche des Freikorps „Varnard“ handelte, in dem der Sohn des Herrn Hund eine Leutnantsstelle bekleidet. Es bleibt immerhin noch ungelöst und bedarf dringend der Klärung, was solch heimliches Waffendepot in dem friedlichen Ort zu suchen hat.

Aus der Privatschule. Zu der Behauptung des Herrn Ministerpräsidenten Bauer, daß die Mediallosigkeit der Arbeiter nur noch der Wünsche angehöre, gibt der folgende Vorfall eine treffende Beleuchtung. In einer militärischen Privatschule Berlins zahlt der Direktor seit längerer Zeit trotz hoher Einnahmen die Gehälter sehr ungenügend. So ist er nach und nach mehreren Lehrern beträchtliche Beträge schuldig geblieben. Wer kein Geld verlangt, liegt auf der Straße. Das ist jetzt auch einem 30jährigen Lehrer passiert, der 33 Jahre lang an der Anstalt tätig gewesen ist. Dieser Mann verdient nicht nur seine Stellung und Verdienst, sondern auch seine Personberechtigung, da er als Stellungsbesitzer die Beiträge nicht weiterbezahlen kann. Ein Rechtsmittel dagegen gibt es nicht. Nur die völlige Verstaatlichung des Unterrichtswezens und das Verbot der Privatschulen kann solch heimliche Missetaten verhindern.

Mit 20 Jahren zu alt. Auch das Telegraphenbauamt in der Mühlenstraße macht die Einstellung von Arbeitern davon abhängig, daß sie ein gewisses Alter nicht überschritten haben. Ein 30jähriger Arbeiter teilt uns mit, daß ihm auf seine Anfrage nach Arbeit erklärt worden ist, er sei zu alt. Ja, zum Ausdru, wo sollen denn die erkrankten Arbeiter bleiben, wenn man nur noch Jünglinge einstellt. Die behördlichen Verweise sollten doch die letzten sein, die solche Bestimmungen schaffen.

Ein vier Ränder verführer und ausgründest wurde am Donnerstagabend im Walde bei Hirschgarten der Kaufmann Bruno Orlovski aus der Cornen-Typen-Strasse 132. Orlovski wurde am Volkensmarkt von einem ihm unbekanntem, gutgekleideten Mann angesprochen, der ihn einige Schritte des Wegs begleitete. Dann trat plötzlich ein junger, schwächlicher Mann in Feldweibeluniform, der sich in Begleitung zweier Soldaten befand, die Stahlhelme und Gewehre trugen, auf den Kaufmann zu und erklärten ihm für verhaftet. Jetzt trat der Begleiter des Kaufmannes für diesen ein und verlangte von dem Feldweibel einen Ausweis und Auskunft über die Ursache der Verhaftung. Der Feldweibel zeigte dann auf einen Ausweis mit Bild, der auf einen Hohenjunker Otto lautete, verweigerte aber über den Grund der Verhaftung die Auskunft mit dem Hinweis, daß er dieses schon beim Stabsquartier erfahren werde. Nun rief der Begleiter des Kaufmannes diesen zu, den Soldaten zu folgen, da sich so der offenbar vorliegende Verdacht am schnellsten aufläre und erbot sich selbst, ihn als Neugen weiter zu begleiten. Alle folgten nun mit der Kugel nach Hirschgarten bei Köpenick und schlugen dort den Weg durch den Wald ein, wo sich das Stabsquartier befinden sollte. Plötzlich aber hielten die Soldaten und der Begleiter des Kaufmannes über diesen her, mißhandelten ihn fälschlich und raubten ihm die Brief-tasche mit 1500 Mark und ergreifen dann gemeinsam die Flucht. Der Heberfallene rief sich wieder auf und ging nach Friedrichshagen, wo er Anzeige erbat. Die dortige Polizei benachrichtigte jedoch die hiesige Kriminalpolizei, da die Ermittlungen ergeben hätten, daß die Räuber wieder nach Berlin zurückgekehrt sind. Die Soldaten, die alle Stahlhelme und Gewehre trugen, hatten am Neuen einen gelben Stern. Auf ihre Verhaftung ist eine Beziehung ausgeführt.

Für die heimischen Kriegsgefangenen, die Kriegsbeschädigten sind, hat die Kriegsbeschädigtenfürsorge der Stadt Berlin eine besondere Abteilung eröffnet. Die Bureau Räume befinden sich am Volkensmarkt 9-10. Telefonanschrift Magistrat 645.

Ein städtisches Sargmagazin in Neukölln. Das von der Stadt Neukölln im Jahre 1919 gegründete, 23 städtische Särge

magazin (Ausstellung und Verkauf) wird am 1. August d. N. an die Betriebe übergeben werden. Eine große Annehmlichkeit für die Angehörigen der Verstorbenen besteht darin, daß nach erfolgter Beschaffung der Beerdigungspapiere alles weitere entsprechend der im Bureau der Friedhofverwaltung im Rathaus angegebenden Bestellung durch die Stadtgemeinde erfolgt. Die Bezahlung der Beerdigungskosten erfolgt aus dem Sargkaufgeldes in allen Fällen bei der Stadtkaufstelle zu bewirken.

Die Eintrittskarten zu den Konzerten des Philharmonischen Orchesters für den Monat August sind ausverkauft.

Mariendorf. Für die Gemeinde Berlin-Mariendorf ist seitens der Gemeindeverwaltung die Errichtung eines Kaufmanns- und Gewerbegerichts beschlossen. Die Entwürfe zu den Ortshoten liegen in der Zeit vom 1. August bis einschließlich 12. August d. N. an den Wochenenden von 8 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags im Polizeidirektionsgebäude, Rathaus, Straße 60/72, Zimmer 8, zur Einsicht öffentlich aus. Die beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, desgleichen die beteiligten Kaufleute und Handlungsbüchsen werden ersucht, sich während der vorbeschriebenen Frist über den Statutenentwurf zu äußern. Die Meinungen können schriftlich eingereicht oder während der Auslegungszeit in dem oben bezeichneten Sitzungszimmer zu Protokoll erklärt werden.

Freier Eintritt für Neuköllner Schulkinder bei Massenbesuchen des Zoologischen Gartens und des Aquariums. Als beachtenswerte Gegenleistung für die vom Neuköllner Magistrat dem Kiwerverein des Zoo bewilligte einmalige Beihilfe von 10.000 M. hat sich der Kiwerverein in entgegenkommender Weise dazu bereit erklärt, allen Neuköllner Schülern bei Massenbesuchen beider Institute im Jahre 1919 an Wochenenden bis mittags 2 Uhr gegen kurzen Ausweis des Anstaltsleiters freien Eintritt zu gewähren.

Öffentliche, gemeinnützige Almonatskonzerte der Teetrommel-Musik. Sonntag, 2. August, 5 Uhr: „Ch. Christoph Kolnubus“; Sonntag, 3. August, 3 Uhr: „An den Ufern des Rheins“; 5 Uhr: „Im Garten der Schwärzen“; 7 Uhr: „Perlen aus der Dürre, in der Schilfgras-Schweig und im Gassenwind“; Dienstag, 5. August, 7 Uhr: „Wanderlust der Wälder“ (Schilfgras). Mit dem großen Fernrohr: mit Licht am Tage bis Venus, am Abend Sirius und Sternhaufen im Perseus beobachtet. Kleiner Fernrohr haben zur Beobachtung andere Himmelkörper kostenlos zur Verfügung.

Neue Hochschulgemeinde für Proletarier. Kursus über den baulichen Teil der Zentralen. Beginn Dienstagabend 7 Uhr im Friedrich-Wilhelm-Gymnasium, Straße 15, Gefangenen, Anmeldung im Bureau, in den Jollen 23, Zimmer 23. Als Teilnehmer kommen hauptsächlich in Betracht: Betriebsräte, Funktionäre und Vertrauensleute aller Art aus Elektrizitätswerken, Kesselabriken und anderen Volkswirtschaften: A. K. Baumig. Neue Hochschulgemeinde für Proletarier. Alter, Schmal.

#### Lohnmittellisten.

Berlin. Auf die Abschnitte 11-12 der Kartoffelkarte enthalten weitere 3 Pfund Kartoffeln. Die Gültigkeit der Abschnitte 11-12 wickelt um eine Woche, also bis zum 9. August 1919 einschließlich, verlängert. Auf die Abschnitte 11-12 der Kartoffelkarte enthalten 5 Pfund Kartoffeln. Der Gesamtanfang, von dem ab diese 5 Pfund Kartoffeln entnommen werden können, wird im Laufe der kommenden Woche bedingungslos abgegeben. In den Brotkommissionen des 1. bis 25. 100-101, 120-121, 130-131, 140-141, 150-151, 160-161, 170-171, 180-181, 190-191, 200-201, 210-211, 220-221, 230-231, 240-241, 250-251, 260-261, 270-271, 280-281, 290-291, 300-301, 310-311, 320-321, 330-331, 340-341, 350-351, 360-361, 370-371, 380-381, 390-391, 400-401, 410-411, 420-421, 430-431, 440-441, 450-451, 460-461, 470-471, 480-481, 490-491, 500-501, 510-511, 520-521, 530-531, 540-541, 550-551, 560-561, 570-571, 580-581, 590-591, 600-601, 610-611, 620-621, 630-631, 640-641, 650-651, 660-661, 670-671, 680-681, 690-691, 700-701, 710-711, 720-721, 730-731, 740-741, 750-751, 760-761, 770-771, 780-781, 790-791, 800-801, 810-811, 820-821, 830-831, 840-841, 850-851, 860-861, 870-871, 880-881, 890-891, 900-901, 910-911, 920-921, 930-931, 940-941, 950-951, 960-961, 970-971, 980-981, 990-991, 1000-1001.

Tempelhof. Woche vom 4. bis 10. August. 30 Gramm Brot, 40 Gramm Margarine, 10 Gramm Kuchenschnitt und 140 Gramm Kartoffeln (12). In Stelle Fleisch 500 Gramm amerikanische Schmelzspeckprodukte, Verkauf von 200 Gramm Hälftenrind (15), 195 Gramm Reis (15). — Für Kinder im A. u. 4. Lebensjahr auf 150 Gramm Reis (15) und 2 (23781-24181), 500 Gramm Kartoffeln, 200 Gramm Reis, 4 Pak. Aufbacken, 500 Gramm Hälftenrind, 200 Gramm Suppen (15), 500 Gramm Hälftenrind (15), 200 Gramm aust. Hälftenrind (15). — Verkauf von 100 Gramm Melmelode (15). — 1 Dose amerikanische Kondensmilch (15) u. 2 für Kinder, Serie 6-12). — Anmeldung über Verkauf von 4-8. August.

Reinickendorf. Auf Abschnitt 55 500 Gramm Teilmengen, auf Abschnitt 57 500 Gramm Suppen. Die Abschnitte sind bis zum heutigen Abend bei den Händlern und in den örtlichen Verkaufsstellen abzugeben.

#### Nach den Organisationen.

Werter Kreis, 19. Abteilung. Sonntag Familienausflug nach Friedrichshagen, Lindenberg.

Charlottenburg. Der Wahlkreis veranstaltet am Sonntag den 18. August, in den Lokalen des Hotel „Europa“ ein Volksfest. Die Genossen Groß-Berlins werden gebeten dieses Fest recht zahlreich zu besuchen.

Charlottenburg. Sonntag 7 Uhr: Postkommunisten mit Vorklären und Gruppenführern im Volkshaus. Erscheinung nationaler Reichsleute. Sonntag 7 Uhr: gemeinsames Singen der alten und neuen Volkshäuser im Bureau. — Dienstagabend 7 Uhr: wichtige Sitzung der Arbeiterorganisationen im Rathaus. Erscheinung aller dringend erforderlich.

Neukölln, 21. Bezirk. Sonntag vormittags Besuch der Kunstausstellung. Treffpunkt 10 Uhr vor dem neuen Rathaus.

Reinickendorf. Sonntag vorm. 9 Uhr: von der „Kampfbühne“ ausgehende Propagandareise. Sonntagabend 7 1/2 Uhr in der „Kampfbühne“ Sitzung sämtlicher Funktionäre.

Hirschgarten. Sonntagabend 6 1/2 Uhr: Flugblätterverteilung von den Volkshäusern aus. Die Verteilung haben sofort die benötigten Anzahl im Kreisbureau abgeholt.

Freie Jugend. Gruppe Petersburger Viertel. Treffpunkt zum Massenausflug Sonntag früh 7 Uhr Kappelerstraße, Hallesche Straßenbahnlinie 11).

#### Bereitschaft.

Band der Kriegsbeschädigten, Ortsgruppe Charlottenburg. Sonntag mittags 1 Uhr gemeinsamer Ausflug nach Königswaldenhausen von Bahnhof Charlottenburg.

Wichtig! Die Genossen. Funktionäre-Sitzung Sonntagabend 11 Uhr bei Hohenjunker, Köpenick, 6.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Bielow, Neukölln. Verlagsvermittlung: „Freiheit“, e. G. m. b. H. Berlin. — Druck im Untendruckerei und Verlagsvermittlung m. b. H. Schillingensdamm 18.

**Die Freie Welt**  
Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.  
verwandelt als erste sozialistische Zeitschrift das  
**Bild als Waffe**  
für Sozialismus  
gegen Militarismus  
gegen Kapitalismus  
20 Pfennig. Vierteljährlich 2,50 Mk.